

# B) Die Konfliktsituation in Ruanda

## 1. Historische Hintergründe des Genozids

Um die Genese eines Konfliktes zu erklären, der sich Teil der Forschungsliteratur so vehement als ein „ethnisch“ motivierter Genozid darstellt, ist die Analyse der historischen Grundlinien, aus denen heraus das Geschehen 1994 erwachsen ist, unumgänglich. Die Ereignisse von 1994 sind nicht so spontan und unvorhersehbar eingetreten, wie viele BeobachterInnen, MedienvertreterInnen oder Entwicklungsorganisationen berichtet haben, sondern die Ursachen des Genozids reichen weit in die Geschichte Ruandas zurück und finden ihren Anfang in der kolonialen Ära des Landes. Symptome einer krisenhaften Entwicklung sind schon seit Ende der 80er Jahre aufgetreten und von der internationalen Gemeinschaft identifiziert worden, ohne dass sie je doch mit adäquaten Reaktionen auf die Anzeichen eines entstehenden gewaltsamen Konfliktes geantwortet hätten. Die Instrumente der internationalen EZ waren zudem auch gar nicht ausgerichtet, sondern orientierten sich vor allem auf ökonomischen Indikatoren von Entwicklung. Das dichte Geflecht von Ursachen für die Katastrophe von 1994 war sicher auch schon vor dem Genozid erkennbar, wurde aber von den Verantwortlichen der deutschen und internationalen EZ nicht in seiner Brisanz wahrgenommen.<sup>1</sup>

## Ethnisierte Spaltung zwischen Hutu und Tutsi

Von der präkolonialen Ära ist ein Zusammenleben der drei Bevölkerungsgruppen Hutu, Tutsi und Twa mit hohem Identifikationsgrad als das gemeinsame Volk der Banyarwanda überliefert. In einer streng hierarchisierten Monarchie wurde der Zugehörigkeit zu den drei Bevölkerungsgruppen (Hutu, Tutsi und Twa) sehr viel weniger Bedeutung beimessen als es zu dem eigenen Clan und der eigenen Familie.<sup>2</sup>

Erst mit dem Kolonialismus setzte eine Verfestigung der bisher durchaus durchlässigen Konzepte von „ethnisch“ geprägter Identität ein, die schließlich in der stark polarisierenden Rassen- und Rassentheorie des beginnenden 20. Jahrhunderts aufging. Die Zugehörigkeit zur privilegierten Gruppe der Tutsi bedeutete schließlich auch den Zugang zu Macht, Bildung und Besitz. Ein durch die Kolonialtechnik des „divide et impera“ künstlicher erzeugter Zustand der Konkurrenz

<sup>1</sup>Reyntjens, Filip/Marysse, S. (Hg.): *Conflicts au Kivu – Antecedents et enjeux*, Anvers, 1996, in: CD-ROM International Documentation Network on the Great African Lakes Region, 1999

entlang künstlich geschaffener „Ethnien“ bildete die Ausgangsbasis für Jahrzehnte gewalttätiger Auseinandersetzungen um die knappen Ressourcen auf allen Ebenen der Gesellschaft in der Folgezeit der Unabhängigkeit.

Mit dem Ende des Kolonialismus wurde die Verlängerung der polarisierten Strukturen in die postkoloniale Ära nicht verhindert. Vielmehr war die soziale, intellektuelle, finanzielle und kulturelle Spaltung in zwei antagonistische Gruppen bereits so weit fortgeschritten, dass ein Integrationsprozess zur Bildung einer geeinten Nation nicht als wünschenswert erkannt und verfolgt wurde. Das kolonialistische System hatte den Staat und die Gesellschaft so fundamental geprägt, dass mit der Übergabe der Macht an die neuen ruandischen Eliten auch die Verantwortung für ein diskriminierendes Herrschafts konstrukt transportiert wurde, ohne dass die Wurzeln des Ausbeutungssystems in seinem Kern verändert worden war. Die neue Führung übernahm und hinterfragte die Techniken der ehemaligen Kolonialisten zur unbegrenzten Ausübung von Macht und zum freien Zugang zu den Ressourcen des Landes.

Mit der Unabhängigkeit gelang es einer Clique von Hutu-PolitikerInnen, die Hutu-Bevölkerung auf ihre „ethnische Identität“ einzuschwören und zu dementsprechendem Wahlverhalten zu motivieren, was die bisher privilegierte Tutsi-Minderheit entmachtete. Im Zuge dieser Politisierung und Radikalisierung der Hutu-Mehrheit kam es Ende der 50er Jahre zu den ersten Massakern an Tutsi aufgrund deren „ethnischen“ Zugehörigkeit, also mit Völkermordem Hintergrund. Nachdem sich durch die ersten Wahlen die Machtsituation zu Ungunsten der Tutsi umgekehrt hatte, blieb der Führungsstil der neuen Huturegierung den kolonialistischen Prinzipien treu: Der Zugang zu politischen Entscheidungen konzentrierte sich weiterhin in den Händen einer kleinen Minderheit und konnte allein über familiäre oder finanzielle Beziehungen erlangt werden. Die Mehrheit der Bevölkerung wurde durch die gezielte Instrumentalisierung „ethnischer“ Stereotypen manipuliert.<sup>3</sup> Die einseitige Förderung der kleinen Hutu-Elite gegenüber der Mehrheit der ländlichen Bevölkerung und der Tutsi-Minderheit durch die internationale Gemeinschaft verschärfte noch die Kluft zwischen den Bevölkerungsgruppen.

## Ökonomische Krise

Seit den 70er Jahren wuchs in Ruanda die Ressourcenknappheit in einem solchen Ausmaß, dass die Funktionsfähigkeit des Staates stark belastet wurde. Wachsende EinwohnerInnenzahlen standen einer Wirtschaft gegenüber, die durch Mismanagement, mangelnde landwirt-

---

<sup>2</sup>siehe auch: Vidal, Claudine: *Données Historiques sur les relations entre Hutu, Tutsi et Twa durant la période précoloniale*, Paris 1997, in: CD-ROM *International Documentation Network on the Great African Lakes Region*, 1999

<sup>3</sup>siehe dazu auch: Vidal, Claudine: *Sociologies des Passions/Côte d'Ivoire, Rwanda, Paris 1991*

schaftliche Erträge und kaum entwickelte Industrialisierung gekennzeichnet war. Das Bevölkerungswachstum nahm in den 70er und 80er Jahren durchschnittlich um 0,2% zu, während das BSP fast stagnierte. Da sich über 90% der Menschen allein durch Subsistenz-Landwirtschaft versorgten, bedeutete der wachsende Bevölkerungsdruck eine enorme Belastung für die schon knappen Ressourcen.<sup>4</sup>

Peter Uvin argumentiert dagegen, dass der Terminus „Überbevölkerung“ (overpopulation) vor allem als Mittel genutzt wird, um die internationale Gemeinschaft zu weiteren Investitionen, Spenden und Krediten zu motivieren.<sup>5</sup> Diese Argumentationslinie führe zu kurzfristig vergebenen Fördermitteln durch die Geberstaaten, statt strukturelle Veränderungen am Wirtschaftssystem des Landes durchzusetzen. Auch African Rights setzt hieran:

„The overpopulation myth suited President Habyarimana well. It enabled him to attract generous international aid, to find a convenient scapegoat for Rwanda's enduring poverty, and to argue that there was simply no room for refugees to return home.“<sup>6</sup>

Der Verfall des Kaffee-Preises auf dem Weltmarkt hat zwar das BIP in Rwanda sinken lassen, wie viele Autoren betonen.<sup>7</sup> Aber die Situation der Bevölkerung, die sich weitgehend durch die Subsistenzlandwirtschaft ernährte, wurde davon nicht gravierend beeinflusst.

Die Regierung griff unter dem Erfolgsdruck, die ökonomische Krise zu bewältigen, schließlich auf das Mittel der Ethnisierung und Ausgrenzung zur Ablenkung vom eigenen Versagen zurück. Mangelnde Urbanisierung und Bildung machte die ländliche Bevölkerungsmehrheit anfällig für Propaganda und die Instrumentalisierung gegenüber den mittlerweile marginalisierten Tutsi.<sup>8</sup>

Rückkehrwillige Flüchtlinge im Ausland wurden zur Bedrohung des Staates und seiner nationalen Souveränität hochstilisiert, und die wachsende Verschuldung einer Verschwörung der Tutsi im Ausland zugerechnet. Viele Ruander ließen sich von dieser Ideologie überzeugen, und in den 70er Jahren kostete erneute Massaker zehntausende Tutsi das Leben und trieben weitere Hunderttausende ins Exil nach Uganda, Tansania oder nach Europa und Kanada. Die internationale Gemeinschaft nahm die eindeutige demokratische und mörderische Propagan-

<sup>4</sup> zum Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und Bevölkerungswachstum siehe: Marysse, Stéphane/De Herdt, T. u. a. (Hg.): Rwanda – Appauvrissement et ajustement structurel, Brüssel/Paris 1995 und Ford, Robert: Marginal Coping in Extreme Land Pressures in Ruhengeri, Rwanda, in: Turner, B.L./Hyden, G. u. a. (Hg.): Population Growth and Agricultural Challenge in Africa, Gainesville 1993

<sup>5</sup> Uvin, Peter: The International Organization of Human Rights, London 1994, S. 195

<sup>6</sup> African Rights: Rwanda – Death, Despair and Defiance, London 1995, S. 16

<sup>7</sup> Uwizeyimana, Laurent: Crise du café, faillite de l'Etat et explosion sociale au Rwanda, Toulouse 1996 und Percival, Valerie/Homer-Dixon, Thomas: Environmental scarcity and violent conflict – The case of Rwanda, Toronto 1995

<sup>8</sup> Siehe Uvin, Peter 1998, a. a. O. S. 57ff

da und Politik der ruandischen Führung hin, weil an geblich nur diese Regierung die Stabilität im Land aufrecht erhalten konnte. Der Mord an Zehntausenden wurde als „übliche afrikanische Stammeskonflikte“ banalisiert und ignoriert.

### **Bedrohung der Eliten durch Ruanda im Exil**

Ende der 80er Jahre formierten sich rückkehrwillige Flüchtlinge im Ausland, vor allem in Uganda, zu einer Opposition im Exil, deren Bedeutung und Einfluss international und auch in Ruanda ständig anwuchs.<sup>9</sup> Innerhalb des ugandischen Sicherheitsdienstes und in der ugandischen Armee hatte sich unter der Förderung von Präsident Museveni ein Major Paul Kagame eine Gruppe erfahrener Militärs gesammelt, die im Auftrag des Habyarimana-Regimes die einzige Möglichkeit für eine Rückkehr und politische Integration der Tutsi im Exil sahen.<sup>10</sup> Mit der Gründung der RPF (Rwandan Patriotic Front) 1990 konnten sie mit Hilfe internationaler Verbündeter eine schlagkräftige und hochmotivierte Armee aufstellen, die die Alleinherrschaft der MRND in Kigali ernsthaft bedrohte.<sup>11</sup>

Die 1990 begonnene Invasion der RPF im Nordosten Ruandas löste bei der politischen Führung in Kigali eine Intensivierung der Anti-Tutsi-Propaganda aus. Das Klischee der „fremden Ausbeuter aus dem Norden“ wurde verstärkt herangezogen, um die Hutu-Bevölkerung gegenüber den Konkurrenten um die Macht zu mobilisieren.

Die Erfolge der RPF und die Friedensverhandlungen von Arusha bedrohten die Position der Regierungspartei MRND immer mehr. Durch die vertraglich geregelte anstehende Transformation der politischen Landschaft in ein tatsächlich Mehrparteiensystem mit funktionierender Opposition war der uneingeschränkt autonome Status der alten Eliten gefährdet. Außer dem fürchteten mehrere Mitglieder der ruandischen Regierung, aber auch des Militärs, Verfahren wegen Mordes. Diese hatten seit 1990 noch an Ausmaß zugenommen und waren in einem Bericht einer internationalen Beobachtungskommission beschrieben worden.<sup>12</sup>

### **Militarisierung und Waffenimporte**

Die Führung in Kigali versuchte, sich des Drucks durch eine dreifache Taktik zu entledigen: *Erstens* verfolgte man eine konsequente Diskriminierungs- und Ausgrenzungspolitik gegenüber den Tutsi im Land. Gezielte Propaganda sollte nicht nur die Bevölkerung gegenüber der Invasion mobilisieren, sondern auch bei einer tatsächlichen Beteiligung der Tutsi an der Regierung deren Rückhalt und Wahloptionen im Volk beeinträchtigen.

<sup>9</sup> siehe dazu Wiles, Peter: *Rwandese refugees and migrants in the Great Lakes region of Central Africa*, London 1992

<sup>10</sup> Watson, Catherine: *Exile from Rwanda – Background to an Invasion*, Washington D.C. 1991

<sup>11</sup> African Rights, a.a.O., S. 27

<sup>12</sup> Africa Watch: *Report of the International Commission of Inquiry into Human Rights Violations in Rwanda since October 1, 1999*, London 1993

Zweitens wurden gezielt Kredite aufgenommen, um eine umfassende Aufrüstung sowie die Militarisierung der Bevölkerung zu finanzieren.<sup>13</sup> Die internationale Gemeinschaft ließ sich von der Begründung blenden, die zugewiesenen Gelder dienten allein der Überwindung der ökonomischen Krise des Landes. Sie ließ sich auch durch fehlende Beweise für den tatsächlichen Einsatz der Mittel im Agrar- und Sozialsektor nicht irritieren.<sup>14</sup> Statt dessen lieferten, trotz der volksverhetzenden Propaganda in den Medien, Frankreich, Südafrika, Ägypten und andere Staaten weiter Waffennach Ruanda.<sup>15</sup>

Drittens betrieb die Vertreter der ruandischen Delegation in Arusha eine Scheinpolitik, deren Einhaltung für die Zukunft niemals geplant war. Trotz der von der internationalen Öffentlichkeit geforderten Zugeständnisse gegenüber der RPF verweigerte die ideologischen Hardliner in der MRND jegliche Option zur tatsächlichen Machtteilung.<sup>16</sup> Statt dessen planten und organisierten sie den Genozid, bei dem die gefürchtete Opposition in den eigenen Reihen sowie der Feind, auf den das eigene Versagen projiziert wurde, endgültig vernichtet werden sollte.

### Mitverantwortung der RPF am Genozid?

In der Literatur zur Genese des Genozids wird von amhaften Vertretern mehrfach angeführt, dass die RPF mit ihrer Invasion ab 1990 den Völkermord geradezu provoziert und damit auch (teilweise) selbst zu verantworten habe. Filip Reyntjens etwa argumentiert:

„Ich glaube in der Tat, dass es ohne den Krieg keinen Völkermord gegeben hätte. Der Krieg hat es erlaubt, die Ethnizität zu manipulieren und die Menschen gegen die Tutsi aufzuhetzen. (...) Die FPR wusste dies und in diesem Sinne kann man behaupten, dass sie politisch mitverantwortlich am Völkermord ist.“<sup>17</sup>

Damit verwechselt Reyntjens, immerhin einer der führenden Experten in der Forschung zum Genozid in Ruanda, Ursache und Wirkung der RPF-Invasion: Die Exil-Tutsi haben nicht durch ihren Versuch, in Ruanda eine Regierungsbeteiligung zu erlangen, die Volksverhetzung hervorgerufen, sondern als Folge der fast einhundertjährigen Ethnisierung und rassistischen Hetze, als Folge der Pogrome gegen die Tutsi und ihrer Vertreibung aus der Heimat sahensich die militärischen Vertreter der im Exil lebenden Tutsi, aber auch moderater Hutu, genötigt, sich durch eine Invasion, aber vor allem durch die Verhandlungen in Arusha, wieder in ihrer Heimat zu etablieren. Ob die bewaffnete Eroberung eines Teils Ruandas ein legitimes Mittel

<sup>13</sup> Human Rights Watch: Arming Rwanda, in: Human Rights Watch Africa 6, 1/1994

<sup>14</sup> Chossodovsky, Michel: IMF-World Bank Policies and the Rwandan Holocaust, New York 1995

<sup>15</sup> siehe Kap. „Die Rolle der internationalen Gemeinschaft beim Genozid“

<sup>16</sup> African Rights, a. a. O., S. 35f

<sup>17</sup> Reyntjens, Filip: Aussage vor dem internationalen Gerichtshof in Arusha am 14.10.1997

zur Machtbeteiligung darstellte, ist sicher zweifelhaft. Eindeutig bleibt jedoch die Tatsache, dass die Invasionsfolge einer rassistischen und in letzter Konsequenz völkermörderischen Politik der Habyarimana-Regierung gesehen werden muss, nicht aber als deren Auslöser. Damit wird auch die These von Helmut Strizek, dem bekanntesten deutschen Ruanda-Autor, widerlegt, wenn er über den Chef der RPA und heutigen Staatspräsidenten Ruandas, Paul Kagame, sagt:

„Kagame (sic!) hätte die Warnung [vor einem Genozid, d. V.] ernst nehmen müssen und sein Volk nicht leichtfertig in Gefahr bringen dürfen. Kagames Politik war für die Tutsi selbstmörderisch.“<sup>18</sup>

Auch Strizek versucht hier, aus Opfern TäterInnen zu konstruieren. Selbstmörderisch wäre es gewesen, bei der gegebenen Ignoranz der internationalen Gemeinschaft den jahrzehntelangen Pogromen den Tutsi gegenüber nicht aktiv zu werden. Sicher ist eine militärische Invasion nicht das optimale Mittel zur Demokratisierung eines totalitären Regimes. Doch kann das Verbrechen eines militärischen Putschversuches wohl kaum mit dem eines geplanten und gnadenlos durchgeführten Völkermordes mit ca. 800 000 Toten aufgerechnet werden.

---

<sup>18</sup>Strizek, Helmut: Kongo/Zaire–Ruanda–Burundi– Stabilität durch erneute Militärherrschaft?, Köln 1998, S. 162